

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dennis Gladiator, Joachim Lenders, Karl-Heinz Warnholz,  
Dennis Thering, Michael Westenberger (CDU) und Fraktion**

**zu Drs. 21/331**

**Betr.: Schutz von Polizei und Rettungskräften ausweiten – Einführung des  
„Schutzparagraphen 112“ unterstützen**

Tag für Tag setzen Polizei und Rettungskräfte sich und zuweilen auch ihre Gesundheit und ihr Leben für ein friedliches und sicheres Zusammenleben ein. Leider sind Einsatzkräfte auch jenseits spektakulärer Großlagen in ihrer täglichen Arbeit zunehmend gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund ist es die Pflicht der Politik, den Frauen und Männern unserer Einsatzkräfte den Rücken zu stärken. Dies betrifft insbesondere die Polizeibeamten, die besonders mit der Staatsmacht identifiziert und angegriffen werden. Daher ist es notwendig, dass gewisse Teile der Politik endlich ihr Misstrauen gegenüber der Polizei überwinden und unseren Polizeibeamten den erforderlichen Rückhalt für ihren Dienst im Interesse unseres Rechtsstaats geben.

Die auf die CDU-geführte Landesregierung in Hessen zurückgehende Bundesratsinitiative zur Einführung eines „Schutzparagraphen 112“ im StGB, der tätliche Angriffe gegen Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte von Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdiensten besonders unter Strafe stellen soll, ist das richtige Mittel, um der steigenden Gewalt gegen diese Berufsgruppen Einhalt zu gebieten. Eine besondere Sanktionierung darf nicht länger auf den Widerstand gegen Vollstreckungshandlungen beschränkt bleiben, sondern muss stattdessen auch solche tätlichen Angriffe umfassen, die allgemein in Beziehung auf den Dienst erfolgen. Dabei kann es allerdings keinen Unterschied machen, ob ein Polizist verbeamtet oder angestellt ist, sodass die avisierte Regelung entsprechend zu ergänzen ist. So kann der Rechtsstaat deutlich machen, dass Angriffe auf Menschen, die helfen wollen oder Recht und Gesetz Geltung verschaffen, ein besonderes Unrecht darstellen. Eine entsprechende Neuregelung ist insofern nicht nur notwendig, um unsere Einsatzkräfte nachhaltig zu schützen, sondern stellt auch politisch ein wichtiges Signal dar. Polizei und Rettungskräfte erwarten zu Recht die Wertschätzung und Unterstützung durch die politischen Entscheidungsträger.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

der hessischen Bundesratsinitiative zur Einführung des § 112 StGB zuzustimmen und sicherzustellen, dass zum geschützten Personenkreis auch Angestellte im Polizeidienst gehören.